



Staatskanzlei Nordrhein-Westfalen, 40190 Düsseldorf

Präsident
des Landtags Nordrhein-Westfalen
Herr André Kuper MdL
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
17. WAHLPERIODE

VORLAGE
17/3998

Alle Abg

12 . Oktober 2020
Seite 1 von 9

Haushaltsplanentwurf 2021 - Einzelplan 02 Ministerpräsident Schriftlicher Bericht zur Einführung in den Einzelplan 02

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,

gerne folge ich dem Verfahren der Vorjahre, zu den Beratungen zum Haushaltsplanentwurf 2021 des Ministerpräsidenten im Hauptausschuss einen schriftlichen Einführungsbericht vorzulegen.

Hinweisen möchte ich zudem auf die dem Landtag ebenfalls zugegangenen „Zusätzlichen Erläuterungen zum Einzelplan 02“ (LT-Vorlage 17/3970) mit ergänzenden Informationen zu den Haushaltsansätzen in schriftlicher und tabellarischer Form.

Mit freundlichen Grüßen

Nathanael Liminski

Dienstgebäude und
Lieferanschrift:
Horionplatz 1
40213 Düsseldorf
Telefon 0211 837-01
poststelle@stk.nrw.de
www.land.nrw

Öffentliche Verkehrsmittel:
Haltestelle Poststraße:
Rheinbahn Linien
706, 708, 709

I. Wesentliche Anmerkungen zum Haushaltsplanentwurf 2021

Das Volumen des Einzelplans 02 erhöht sich gegenüber dem Vorjahr um 27,56 Mio. € bzw. rd 8,4% auf nunmehr 356,9 Mio € Davon entfallen rund 17 Mio Euro auf den Sportbereich Die restlichen größeren Ausgabensteigerungen betreffen die Bereiche Ehrenamt (+ 4 Mio. €), Europa (+ 1 Mio. €) sowie Internationale Angelegenheiten (+2,5 Mio €).

Die übrigen relevanten haushaltsmäßigen Veränderungen gegenüber dem laufenden Haushalt 2020 werden, soweit sie Beratungsgegenstand im Hauptausschuss sind, im Folgenden dargestellt:

1. Kapitel 02 010 - Ministerpräsident

Personalhaushalt

Mit dem Haushaltsplanentwurf 2021 werden keine neuen Planstellen oder Stellen für Dauerbeschäftigungen im Einzelplan 02 angemeldet Allerdings werden insg. 6 neue befristete Plan-/Stellen für den am 1 Oktober 2021 von Nordrhein-Westfalen zu übernehmenden jährlich wechselnden Vorsitz der Ministerpräsidentenkonferenz (MPK) erforderlich. Zuletzt war Nordrhein-Westfalen 2005/2006 MPK-Vorsitzland Der Vorsitz ist mit folgenden zusätzlichen Aufgaben verbunden:

- Wahrnehmung der Aufgaben der MPK – Geschäftsstelle,
- Organisation, Durchführung, Vor- und Nachbereitung der MP- und CdS – Konferenzen,
- Übernahme der B-Länder – Koordination,
- Vorsitz über den Stiftungsrat der Kulturstiftung der Länder,
- Übernahme des Co – Vorsitzes im Anschluss an das Vorsitzjahr

Dafür werden drei Referentenstellen, eine Sachbearbeitungs- und zwei weitere Mitarbeiterstellen benötigt, wie die Erfahrung und die Personalausstattung der letzten MPK – Vorsitzlander zeigen. Alle Plan-/Stellen sind mit kw-Vermerken versehen und werden zum Jahresende 2022 wieder abgebaut (siehe hierzu auch die Ausführungen im Bereich des Sachhaushalts)

Darüber hinaus gehende Ansatzverschiebungen im Personalhaushalt vollziehen die Umsetzung von Planstellen und Stellen innerhalb des Einzelplans 02 bzw. zwischen den Einzelplänen nach, die sich bereits während des Haushaltsvollzugs 2019 ergeben haben

Sachhaushalt

- Aufgrund geänderter Anforderungen der Deutschen Post an Dialogsendungen (Werbung, Broschüren, etc) kann künftig ein großer Teil der bisher für alle Ministerien versandten Unterlagen nur noch als normale Briefpost versandt werden. Die damit verbundenen erhöhten Portokosten sind bei Kapitel 02 010 Titel 511 01 ausgewiesen.

- Im Jahr 2021 feiert das Land Nordrhein-Westfalen sein 75jähriges Bestehen. In einer Zeit von Globalisierung, zunehmender Flexibilität und Auflösung räumlicher Lebensbezüge gewinnt die Landesidentität weiter an Bedeutung. Es geht um das Verbindende, die Gemeinschaft und den Zusammenhalt, aber auch um die gemeinsame Vergangenheit und die gemeinsame Zukunft des Landes. Das aus der Landesidentität erwachsene Heimatgefühl trägt grundlegend zur sozialen und kulturellen Stabilisierung und Integration bei. Das Landesjubiläum ist hier in ganz besonderer Weise geeignet, diese Landesidentität und das Landesbewusstsein zu fördern, zu stärken und zu prägen. Aus diesem Grund sind für das Jubiläumsjahr begleitende Kommunikationsmaßnahmen angedacht, die sich einerseits auf die Pressearbeit und andererseits auf die Öffentlichkeits- und Informationsarbeit der Landesregierung beziehen. Die Bandbreite erstreckt sich hierbei auf Online- und Offlinekommunikation gleichermaßen.
Der Internetauftritt www.land.nrw basiert auf einem mittlerweile veralteten Landesmaster, der auch nicht mehr weiterentwickelt werden kann, so dass ein kompletter Relaunch zwingend notwendig geworden ist.
Die für das Landesjubiläum und den Relaunch einmalig notwendig werdenden Ausgaben werden bei Kapitel 02 010 Titel 531 10 veranschlagt

- Nordrhein-Westfalen wird am 1. Oktober 2021 den jährlich wechselnden Vorsitz der Ministerpräsidentenkonferenz übernehmen (siehe hierzu auch die Ausführungen zum Personalhaushalt). Der hierfür erforderliche erhöhte Sachmittelaufwand in Höhe von 0,6 Mio. € ist bei Kapitel 02 010 Titel 541 40 ausgewiesen. Er orientiert sich an den Erfahrungen der Vorgänger-Vorsitzländer.
- Mit der Gründung des ServiceCenters der Landesregierung im Jahr 2000 hat die Landesregierung ein bedeutsames Instrument geschaffen, ratsuchende Bürgerinnen und Bürger rasch, kompetent, umfassend und unbürokratisch zu landespolitischen Themen zu informieren. Schriftliche Bürgereingaben werden über ein Kundenmanagementsystem erfasst. Ein erhöhter Schutzbedarf und die schnellere Verfügbarkeit der Daten der Bürgereingaben im Kundenmanagementsystem verursachen Mehrkosten in Höhe von 0,131 Mio. €. Diese können teilweise durch einzelplaninterne Umschichtungen aufgefangen werden, so dass der Haushaltsansatz bei Kapitel 02 010 Titel 547 00 lediglich um 0,055 Mio. € erhöht werden muss.
- Die Haushaltsmittel für die Umsetzung der Engagementstrategie im Bereich „Ehrenamt“ sollen mit dem Haushalt 2021 um 4 Mio. € erhöht werden. Damit sollen insbesondere Maßnahmen umgesetzt werden, die sich aus der Engagementstrategie für das Land Nordrhein-Westfalen ergeben, die mit Akteurinnen und Akteuren aus allen gesellschaftlich aktiven Gruppen des Landes erarbeitet werden.
Der Engagementstrategie für das Land Nordrhein-Westfalen war ein breiter Beteiligungsprozess mit Veranstaltungen in den fünf Regierungsbezirken und einer landesweiten Ehrenamtstour NRW mit 110 Bushaltepunkten vorausgegangen. Im Rahmen der Gesprächs- und Austauschangebote wurde eine Fülle an Anregungen und Hinweisen eingebracht.

Ziel ist, mit den sich aus der Engagementstrategie ergebenden Konzepten und Handlungsempfehlungen den Engagierten vor Ort, den Kommunen und freien Trägern in Nordrhein-Westfalen verbesserte Rahmenbedingungen anzubieten, um das bürgerschaftliche Engagement vor Ort auf- und auszubauen und somit zu stärken. Es sollen Unterstützungsstrukturen aufgebaut werden und hierbei steht die Förderung der Bereiche Digitalisierung und Fortbildung besonders im Fokus. Zudem sollen Maßnahmen von zivilgesellschaftlichen Organisationen in Bereichen mit unterschiedlichen gesellschaftlichen Bezügen, die aktuelle ehrenamtliche Aspekte aufgreifen und gesellschaftlich relevant sind, gefördert werden.

Die hierfür benötigten Haushaltsmittel sind bei den beiden Titelgruppen 67 in den Kapiteln 02 010 und 02 025 veranschlagt

- Die Vertretung des Landes Nordrhein-Westfalen beim Bund versteht sich als „Botschaft des Westens“ und präsentiert das Land in Berlin als kulturelles, wirtschaftliches und politisches Kraftzentrum Deutschlands. Hier werden besonders die Themen in den Vordergrund gestellt, die für Nordrhein-Westfalen eine herausragende Rolle auf der Tagesordnung im Bundesrat spielen.
Mit Veranstaltungen setzt die Vertretung des Landes Nordrhein-Westfalen besondere Akzente in Berlin, flankiert so die Arbeit in den politischen Gremien, gibt die breite Vielfalt des Landes wieder und bietet ein Schaufenster nach Nordrhein-Westfalen.
Als Botschaft des Westens sollen hier Zukunftsthemen im Vordergrund stehen und Denkpfade ausgelotet werden, die aus der langen Geschichte der Regionen etwa im Hinblick auf den Industriestandort hin zu Forschung und Innovation weisen. Dabei spannen die Veranstaltungen einen weiten Bogen über Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur, moderne Verwaltung und noch weiter.
Moderne Video- und Konferenztechnik sowie digitale Verbreitungsplattformen ermöglichen es der Landesvertretung, neben den Gästen, die an den Präsenzveranstaltungen im Hause teilnehmen, auch weitere Teilnehmer/innen zu erreichen, die an den Veranstaltungen etwa über eine Videokonferenz oder über einen Livestream teilnehmen. So finden zunehmend mehr Präsenzveranstaltungen statt, zu denen sich weitere Gäste digital zuschalten bzw. mitwirken.

Hybride Veranstaltungen machen es aber erforderlich, einen höheren Aufwand für Technik (Video- und Konferenztechnik, Bild- und Tontechnik) einzusetzen. Die Landesvertretung möchte diese Chance in der Zukunft trotz des höheren Aufwandes weiter nutzen und ausbauen, um dem wachsenden Bedürfnis vieler Teilnehmer/innen nach einer zeit- und ortsunabhängigen Mitwirkung an Veranstaltungen gerecht werden zu können. Die Haushaltsmittel für die damit verbundenen Mehrkosten in Höhe von 0,05 Mio. € sind bei Kapitel 02 010 Titel 541 80 etatisiert

- Vor dem Hintergrund der Landesstrategie, die Systeme der IT-Organisationen der Landesverwaltung bei IT NRW zu zentralisieren, hat die Landesvertretung Nordrhein-Westfalens beim Bund, analog zur Vorgehensweise der Staatskanzlei, ein Projekt zur IT-Neustrukturierung durchgeführt

Dabei wurde die IT-Organisation einer Bestandsaufnahme und einem Assessment unterzogen. Sowohl die Bestandsaufnahme als auch das Assessment kamen zu dem Ergebnis, dass die voranschreitende Digitalisierung und die zunehmende Komplexität der Systeme ohne Veränderung der derzeitigen Organisation mittelfristig zu einer Verschlechterung der derzeit hohen Servicequalität führen.

Zur Lösung dieses Problems wurde die Vergabe der zentralen Infrastruktur, des Verfahrensbetriebs, der Arbeitsplatz-PCs/mobile Devices und des Service-Desks an externe Partner empfohlen, da sich dies hinsichtlich der Betriebs- und IT-Sicherheit, Lösungsnachhaltigkeit, Personalkapazitäten/Skill-Nutzung, Digitalisierung und Innovation als die beste von verschiedenen geprüften Alternativen darstellte.

Als geeigneter Dienstleister kam – wie schon bei der Staatskanzlei – insbesondere IT.NRW in Frage, da durch das Zusammenwachsen der IT-Systeme des Landes und der dadurch auch möglichen engen Verflechtung der IT der Landesvertretung und der Staatskanzlei zahlreiche Synergieeffekte hinsichtlich Funktionalität und Effizienz zu erwarten sind.

Der dafür erforderliche Haushaltsmehransatz in Höhe von 0,21 Mio. € ist bei Kapitel 02 010 Titel 547 80 ausgewiesen.

- Die Landesvertretung beim Bund in Berlin wurde im Jahr 2002 eröffnet. Rund 20 Jahre später sind einige Modernisierungen erforderlich. Zu nennen sind hier u. a. die dringend nötige Servermodernisierung, der Austausch der 19 Jahre alten Großküchengeräte, die Schaffung einer Infrastruktur für E-Kfz sowie weitere diverse Renovierungsmaßnahmen. Hierfür sollen in einem ersten Schritt im Jahr 2021 zusätzlich 0,1 Mio. € bereitgestellt werden (Kapitel 02 010 Titel 812 80). Im Nachgang der ersten Beschaffungen kann dann entschieden werden, ob und ggf. in welcher Höhe in den nächsten Jahren noch zusätzliche Haushaltsmittel erforderlich sind, um die beschriebenen Modernisierungen sukzessive herbeizuführen.

2. Kapitel 02 025 - Besondere Bewilligungen

- Auf der Grundlage einer Bund-Länder-Vereinbarung, die am 6.12.2018 auf der Konferenz der Bundeskanzlerin mit den Regierungschefs der Länder unterzeichnet wurde, ergeben sich Zahlungsverpflichtungen des Landes betreffend den Erhalt der Gräber der unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft verfolgten Sinti und Roma. Grundsätzlich wird auf Basis einer Ausgabenprognose finanzielle Vorsorge in Höhe von 0,1 Mio. €/p. a. getroffen. Hierbei ist allerdings zu berücksichtigen, dass eine beabsichtigte Rückwirkung bis 2012 vorgesehen ist, so dass Haushaltsmittel für die Nachzahlung zusätzlich veranschlagt werden müssen. Da davon ausgegangen wird, dass im Jahr 2020 die meisten Nachzahlungen abfließen werden, kann die finanzielle Vorsorge im Jahr 2021 um 0,2 Mio. € auf 0,3 Mio. € verringert werden (Kapitel 02 025 Titel 631 00).
- Es gibt 25 Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit in Nordrhein-Westfalen. Sie sind als eingetragene Vereine organisiert und werden seit den 1960er Jahren durch das Land Nordrhein-Westfalen institutionell gefördert. Die Geschäftsführungen der Gesellschaften sind - in Abhängigkeit von ihrer Größe - teils hauptberuflich, größtenteils jedoch ehrenamtlich tätig.

Ziel und Aufgabe der Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit ist es, die Rechte aller Menschen auf Leben und Freiheit ohne Unterschied des Glaubens, der Herkunft oder des Geschlechts zu verwirklichen. Die aktuelle Situation in Deutschland zeigt, wie wichtig es war und ist, entschlossen gegen jegliche Art von Antisemitismus und andere Formen der Diskriminierung vorzugehen. Hierzu leisten die Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit einen wichtigen Beitrag.

Die Erhöhung des Ansatzes soll der Deckung der in den letzten Jahren erheblich gestiegenen fixen Ausgaben für Personalkosten dienen. Die Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit finanzieren sich neben den Landesmitteln im Wesentlichen aus Spenden. Um ihre satzungsgemäßen Aufgaben durchführen zu können, sind sie zwingend auf eine adäquate Unterstützung durch das Land angewiesen.

3. Kapitel 02 050 - Kirchen, Religionsgemeinschaften und Weltanschauungsvereinigungen

- Gekoppelt an den Index der Besoldungsanpassungen der Beamtinnen und Beamten des Landes sind die Ansätze für die Dotationsansprüche der Kirchen und die Zuschüsse an die Jüdischen Kultusgemeinden ebenfalls zu erhöhen. Auf der Grundlage der aktuell vereinbarten Tarif- und Besoldungserhöhungen wurde entsprechende haushalterische Vorsorge für das Jahr 2021 getroffen.

4. Sonstiges

Weitere wesentliche Haushaltsveränderungen im Einzelplan des Ministerpräsidenten betreffen die Aufgabenbereiche „Europa“, „Internationales“, „Medien“ und „Sport“. Sie sind Gegenstand der Beratungen in den jeweiligen Fachausschüssen und werden daher in diesem Bericht nicht näher erläutert.

II. Ergebnisse der Kapitelübersicht:

Eine tabellarische Übersicht über die veranschlagten Ausgaben ist folgend aufgeführt, wobei in der Gesamtübersicht der Vollständigkeit halber auch jene Haushaltsansätze aufgenommen wurden, die nicht im Hauptausschuss beraten werden

Kapitel	Bezeichnung	Ansatz 2021	Ansatz 2020	Differenz 2021 zu 2020
		in EUR		
02 010	Ministerpräsident <i>(Personalausgaben einschl Ergebnishaushalte Europa, Internationales, Medien, Sport und Ehrenamt sowie die Landesvertretungen in Berlin und Brüssel)</i>	93 392 600 €	83 735 100 €	9 657 500 €
02 020	Allgemeine Bewilligungen	-3 512 200 €	-3 512 200 €	0 €
02 025	Besondere Bewilligungen	2 916 200 €	2 286 200 €	630 000 €
02 030	Europa	1 976 400 €	1 440 600 €	535 800 €
02 040	Internationale Angelegenheiten und Eine Welt	9 202 000 €	6 452 000 €	2 750 000 €
02 050	Kirchen, Religionsgemeinschaften und Weltanschauungsvereinigungen	43 650 400 €	43 315 400 €	335 000 €
02 060	Medien	25 946 600 €	25 001 200 €	945 400 €
02 080	Förderung des Sports	173 985 900 €	162 005 900 €	11 980 000 €
02 900	Versorgung	9 332 800 €	8 606 300 €	726 500 €
	Summe	356 890 700 €	329 330 500 €	27 560 200 €